

ront, je le répète, l'occasion de faire part par écrit au Conseil fédéral des réticences qu'ils pourraient avoir au sujet de certains périmètres proposés par l'administration et le département; le Conseil fédéral pourra ainsi trancher en toute connaissance de cause.

Blatter Ulrich (C, OW): Ich danke Frau Bundesrätin Dreifuss für die klare Stellungnahme. Damit wird die Gleichbehandlung aller Kantone garantiert.

Angenommen – Adopté

95.001

Getreidegesetz. Änderung Loi sur le blé. Modification

Botschaft und Gesetzentwurf
vom 11. Januar 1995 (BBl I 1073)
Message et projet de loi
du 11 janvier 1995 (FF I 1049)

Beschluss des Ständerates vom 6. März 1995
Décision du Conseil des Etats du 6 mars 1995

Kategorie IV, Art. 68 GRN – Catégorie IV, art. 68 RCN

Ordnungsantrag der Kommission
Behandlung in Kategorie III

Motion d'ordre de la commission
Traiter en catégorie III

Baumann Ruedi (G, BE), Berichterstatter: Namens der Kommission stelle ich den Antrag, das Getreidegesetz in Kategorie III zu behandeln, weil die Volksentscheide vom letzten Sonntag die Kommission veranlasst haben, diese Woche noch einmal neue Beschlüsse zu fassen. Es wurden Ihnen entsprechende Korrekturen zugestellt. Die Fraktionen sollten meines Erachtens Gelegenheit haben, dazu Stellung zu nehmen.

Der Volksentscheid vom letzten Sonntag hat erste Auswirkungen auch auf das Getreidegesetz als Teil der Agrarpolitik. Darum bitte ich Sie zu beschliessen, dass dieses Geschäft in Kategorie III statt in Kategorie IV behandelt werden kann.

Le président: Cette demande a été examinée par le Bureau, et, par 9 voix contre 4, nous vous proposons d'en rester à la catégorie IV.

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag der Kommission	48 Stimmen
Dagegen	57 Stimmen

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Baumann Ruedi (G, BE), Berichterstatter: Es geht beim Getreidegesetz darum, die von Volk und Ständen am 25. September 1994 angenommene Änderung des Getreideartikels, Artikel 23bis der Bundesverfassung, möglichst rasch als Sparmassnahme umzusetzen. Am 25. September 1994 haben Volk und Stände beschlossen, den Zoll auf importiertem Brotgetreide künftig nicht mehr zur Verbilligung von Brot und anderen backmehlhaltigen Produkten einzusetzen, sondern diese Zolleinnahmen direkt in die allgemeine Bundeskasse fliessen zu lassen. Das heisst mit anderen Worten: Aufhebung der Verbilligung von inländischem Brotgetreide aus Zolleinnahmen und Verkauf des Getreides künftig zum Selbstkostenpreis des Bundes.

Dazu ist eine Teilrevision des Getreidegesetzes notwendig. Gleichzeitig ist zu regeln, wie die in der Zollrückerstattung noch vorhandenen Mittel verwendet werden. Es handelt sich da um Gelder in der Grössenordnung von 50 Millionen Franken. Der Bundesrat schlägt vor, sie in die allgemeine Bundeskasse fliessen zu lassen. Im Bereich der Weichweizenmüllerei ist der teilweise Mahllohnausgleich als Strukturinstrument überholt. Er soll aufgehoben werden.

Um der Branche die dringende Strukturbereinigung zu ermöglichen, sollen im Rahmen dieser Teilrevision des Getreidegesetzes die Rechtsgrundlagen geschaffen werden, um Solidaritätsbeiträge als Selbsthilfemassnahme der Müllerei zu erheben.

Da es sich um eine Sparmassnahme handelt, sollte diese Änderung des Getreidegesetzes möglichst rasch vollzogen werden. Die Inkraftsetzung ist bereits auf den 1. Juli 1995 geplant; sie sollte wegen des Beginns des neuen Getreidejahres zwingend auf diesen Zeitpunkt erfolgen.

Das Geschäft wurde erst am vorletzten Montag im Ständerat behandelt. Wir mussten die Gesetzesvorlage in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) bereits am 20. Februar behandeln, ohne die Beschlüsse des Ständerates zu kennen. Die Kommission war einhellig der Auffassung, dass auf diese Art und Weise eine sorgfältige Gesetzesberatung nicht mehr gewährleistet ist. Bundesrat und Verwaltung hätten eigentlich seit der Volksabstimmung vom 25. September 1994 genügend Zeit gehabt, das Geschäft rechtzeitig im Erstrat zu traktandieren. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben verlangt, dass die Terminplanung künftig besser klappt.

Eintreten war in der Kommission nicht bestritten. Diskussionen und Anträge gab es allerdings zu den vom Bundesrat vorgesehenen sogenannten Solidaritätsbeiträgen und zu der Verwendung der noch vorhandenen Mittel aus der Zollrückstellung. Ich komme in der Detailberatung auf den zweiten Bereich, auf die Zollrückerstattung, zurück.

Zu Artikel 25, Solidaritätsbeiträge, möchte ich gleich jetzt im Zusammenhang mit dem Eintreten einige Ausführungen machen: Der zweite Bericht der Schweizerischen Kartellkommission über die Wettbewerbsverhältnisse auf dem Markt für Backmehl empfiehlt, den teilweisen Mahllohnausgleich aufzuheben. Im Budget 1995 sind unter dieser Rubrik 2,1 Millionen Franken eingestellt. Das bisherige strukturelle Instrumentarium – der Mahllohnausgleich ist ein Teil davon – hat im schweizerischen Müllereigewerbe zu enormen Überkapazitäten geführt. Man spricht hier von Überkapazitäten von 50 und mehr Prozent. Die Müllereibranche muss sich die Frage stellen, wie sie international wettbewerbsfähig und damit in einem veränderten Umfeld überlebensfähig sein kann. Es obliegt nach Auffassung der Kommission grundsätzlich der Branche, den Kapazitätsabbau durchzuführen. Die Kommissionsmehrheit befürwortete ursprünglich die in Artikel 25 vorgesehenen Solidaritätsbeiträge, wollte diese aber richtigerweise als eigentliche Stilllegungsbeiträge bezeichnet wissen. Sie haben das auf der ursprünglichen Fahne. Man ging davon aus, dass mit dieser Selbsthilfemassnahme geordnete Stilllegungsaktionen durchgeführt werden können. Nach Auskunft von seiten der Verwaltung geht es hier um Beiträge in der Grössenordnung von 10 bis 12 Millionen Franken pro Jahr.

Nach dem letzten Abstimmungssonntag ist die Kommission für Wirtschaft und Abgaben auf ihren ursprünglichen Beschluss zurückgekommen und beantragt Ihnen nun mit 14 zu 2 Stimmen, Artikel 25 betreffend die Solidaritätsbeiträge zu streichen. Es gibt eine Reihe von Argumenten, die gegen diese Beiträge sprechen. Die Beiträge sind in der Müllereibranche selber umstritten. Es gibt Befürworter und Gegner dieser Beiträge. Diese Abgaben würden – so wird gesagt – vergangenes unternehmerisches und betriebswirtschaftliches Fehlverhalten honorieren. Am wichtigsten schliesslich: Das Volk hat in der Abstimmung vom vergangenen 12. März entsprechende Solidaritätsbeiträge in der Landwirtschaft sehr deutlich abgelehnt. Auch wenn es hier nicht genau um das gleiche geht – hier sind es Stilllegungsbeiträge, die die Branche selber aufbringen müsste –, sind es doch auch hier eine Art Zwangsabgaben für die noch bestehenden 120 Mühlen: Zwangsabgaben zur Finanzierung oder Erleichterung der

Strukturbereinigung. Einzufordern wären diese, wenn die Branche sie selber wieder mit qualifiziertem Mehr beschliessen würde.

Der Ständerat hat noch vor der denkwürdigen Abstimmung vom letzten Sonntag die Solidaritätsbeiträge für die Müllerei beschlossen, allerdings nur sehr knapp, nämlich mit 19 zu 17 Stimmen.

Ich beantrage Ihnen namens der Kommission – sie hat das mit 14 zu 2 Stimmen so beschlossen –, Artikel 25 zu streichen.

Gobet Alexis (C, FR), rapporteur: Dans le cadre des mesures d'assainissement des finances fédérales, le Conseil fédéral proposait de supprimer la subvention pour l'abaissement du prix du pain. Cela impliquait une modification de la constitution, qui fut approuvée par le peuple et les cantons le 25 septembre 1994.

La deuxième étape dans la réalisation de cette mesure d'économie consiste à modifier la loi du 20 mars 1959 sur le blé. La justification est simple et le peuple l'a bien admise. Il s'agit là d'une subvention arrosoir qui n'a plus sa raison d'être. Le rapport coût/efficacité justifie sa suppression. Notre commission propose néanmoins de la maintenir pour une durée déterminée. On y viendra tout à l'heure.

Le Conseil fédéral, dans son message, propose de verser le solde du fonds de provision des recettes douanières, qui s'élève à 50 millions de francs, à la caisse générale de la Confédération, de supprimer l'abaissement du prix du blé indigène, d'introduire des contributions de solidarité, injustement appelées ainsi, et que la majorité de la commission a rebaptisées «contributions en cas de cessation d'exploitation», pour favoriser une restructuration nécessaire de la meunerie suisse.

La structure actuelle de la meunerie résulte de l'économie de guerre qui a prévalu jusqu'à maintenant. Grâce, entre autres, aux subventions tendant à équilibrer partiellement la marge de mouture, on avait assuré une répartition géographique des moulins qui étaient de nature à garantir l'approvisionnement de l'ensemble du pays en blé, donc, en principe, en pain. Cette politique a conduit à une surcapacité du secteur que les experts chiffrent à environ 50 pour cent. Il en résulte donc une rentabilité insuffisante et, par conséquent, une certaine incapacité de la branche à assumer sa propre restructuration.

La modification des conditions-cadres conduit à admettre que la sécurité de l'approvisionnement passe, à l'avenir, d'abord par la restructuration du secteur, pour le rendre concurrentiel, que par le maintien de structures décentralisées sous-utilisées, d'où le projet du Conseil fédéral de prévoir des mesures d'entraide propres à aider à cette restructuration.

La Commission de l'économie et des redevances a abondamment parlé de la nécessité ou non d'introduire une telle base légale. Dans un premier temps, lors de sa séance du 20 février 1995, la commission avait, la majorité, suivi le projet du Conseil fédéral en introduisant ces contributions obligatoires de mise hors d'exploitation. Mais, suite au vote intervenu dimanche dernier, où le peuple suisse, à une majorité des deux tiers environ, a rejeté le système des contributions de solidarité, la commission s'est réunie mardi pour réexaminer la situation. Au vu, d'une part, de la décision populaire et, d'autre part, des prises de position des intéressés directs, les meuniers de ce pays, dont l'importante correspondance a révélé à quel point ils sont divisés sur le sujet, la commission a décidé, par 14 voix contre 2, de biffer l'article 25. Elle vous propose d'en faire de même.

Par contre, la majorité de la commission vous propose, à l'instar du Conseil des Etats, à l'article 67a, de maintenir jusqu'à fin 1998 la réduction des prix de vente du blé indigène, afin d'utiliser par des prélèvements annuels de 15 millions de francs les montants encore disponibles du fonds de provision.

Concrètement, par rapport au dépliant et aux feuilles annexes qui vous ont été remis, la commission vous propose de biffer l'article 25. A l'article 24, c'est la conséquence logique de la décision prise à l'article 25, soit: la première phrase subsisterait et la deuxième phrase, dès les termes «elle soutient», serait supprimée.

On viendra par la suite à l'article 67a, puisqu'il y a une proposition de minorité.

Je vous remercie de bien vouloir suivre les propositions de la commission ou de sa majorité.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: La révision de cette loi sur le blé comprend deux parties! 1. Il s'agit d'adapter la loi à la votation populaire sur l'article constitutionnel sur le blé, qui a eu lieu le 25 septembre dernier et – vous le savez – qui supprime la réduction du prix du blé indigène financé par les droits de douane. 2. Il s'agit de mesures concernant les structures de la meunerie.

1. Ce projet vous avait été présenté par le Département fédéral des finances parce que c'était un des nombreux projets parmi les mesures d'assainissement qu'il s'agissait de transformer, prises qu'elles étaient en 1993. La modification de l'article 23bis de la Constitution fédérale est intervenue le 25 septembre 1994 en votation populaire.

Il faut modifier la loi sur le blé maintenant. Il faut supprimer l'affectation à but déterminé des droits de douane qui sont perçus sur les céréales panifiables. Il s'agit d'un montant de quelque 23 millions de francs. Au début de la prochaine année céréalière, le 1er juillet de cette année, il faut être prêt. C'est la raison pour laquelle votre Conseil et la Chambre haute délibèrent pendant cette session sur ce même objet.

Il s'agit, comme vous le savez, de savoir ce que l'on fait d'un reliquat d'environ 50 millions de francs exclus des mesures d'économie prises en 1993. Ni l'arrêté de 1994 ni les explications du Conseil fédéral concernant la votation populaire ne mentionnent le solde du fonds de provision. Il y a dès lors lieu de trouver aujourd'hui une solution en interprétant la volonté du souverain. Il appartient sans conteste au Parlement et pas au Conseil fédéral d'établir cette interprétation dans le cadre de la révision de la loi sur le blé. Nous vous proposons, à vous de disposer, de destiner ce solde de 50 millions de francs à la caisse fédérale.

Pourquoi? D'abord parce que rien n'oblige la Confédération à épuiser le fonds de provision dans le cadre de son affectation actuelle, ensuite parce que la modification proposée a précisément pour but d'assainir les finances fédérales. On est donc bien dans l'intention et du Parlement et du peuple lorsque l'on propose cette affectation des 50 millions de francs restant à la caisse fédérale.

2. Je tiens aujourd'hui un tout autre langage que celui que le Conseil fédéral tient dans le message et que celui que j'ai tenu devant le Conseil des Etats, parce qu'entre temps, le peuple et les cantons se sont exprimés négativement le 12 mars dernier s'agissant des contributions de solidarité. Alors, moi, je veux bien dire que le titre «Contributions de solidarité» n'était pas très bien choisi en l'occurrence, je veux bien aussi considérer qu'il s'agissait en réalité plutôt de primes en faveur de ceux qui interrompent leur activité de meunier. Il n'empêche que, pour être dans l'esprit de ce que le peuple a voulu dimanche, votre commission, à une écrasante majorité, a estimé que l'on ne pouvait plus maintenir cette disposition dans la loi et que, par conséquent, les «contributions de solidarité» qui étaient encore prévues pour les meuniers devaient être abandonnées. Le Conseil fédéral, sans joie au coeur naturellement, vous prie de suivre la commission ou sa majorité.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Detailberatung – Discussion par articles

**Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung, Art. 21 Abs. 4, 4ter
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates**

**Titre et préambule, ch. I introduction, art. 21 al. 4, 4ter
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats**

Angenommen – Adopté

Art. 24*Neuer Antrag der Kommission*Um die Versorgung über das ganze Land an.
(Rest des Artikels streichen)**Art. 24***Nouvelle proposition de la commission*Afin d'assurer tout le territoire.
(Biffer le reste de l'article)**Art. 25***Neuer Antrag der Kommission*

Streichen

Art. 25*Nouvelle proposition de la commission*

Biffer

*Angenommen – Adopté***Art. 25bis Randtitel, Abs. 1 Bst. a–c***Neuer Antrag der Kommission*

....

Der Bund kann:

a.

Art. 25bis titre médian, al. 1 let. a–c*Nouvelle proposition de la commission*

....

La Confédération peut:

a.

*Angenommen – Adopté***Art. 67a***Neuer Antrag der Kommission**Abs. 1**Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Hämmerle, Baumann Ruedi, Brunner Christiane, Hafner Ursula, Jaeger, Matthey, Strahm Rudolf, Thür)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

Der am 1. Juli 1995 noch vorhandene Saldo des teilweisen Mahlohnausgleichs wird im Januar 1996 dem beim Bundesamt für Landwirtschaft anerkannten Weichweizenmühlen nach Massgabe ihres Backmehlausstosses im Getreidejahr 1994/95 zurückerstattet.

Art. 67a*Nouvelle proposition de la commission**Al. 1**Majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Hämmerle, Baumann Ruedi, Brunner Christiane, Hafner Ursula, Jaeger, Matthey, Strahm Rudolf, Thür)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

Le solde de l'égalisation partielle de la marge de mouture disponible au 1er juillet 1995 sera remboursé en janvier 1996 aux moulins à blé tendre reconnus par l'Office fédéral de l'agriculture proportionnellement au débit de farine panifiable qu'ils auront eu durant l'année céréalière 1994/95.

*Abs. 2 – Al. 2**Angenommen – Adopté**Abs. 1 – Al. 1***Hämmerle Andrea** (S, GR), Sprecher der Minderheit: Das Volk hat im September 1994 mit sehr grosser Mehrheit dem Bundesbeschluss über die Aufhebung der Verbilligung von inländischem Brotgetreide aus Zolleinnahmen zugestimmt. Die Zolleinnahmen auf importiertem Brotgetreide sollten als Beitrag zur Haushaltsanierung in die allgemeine Bundeskasse fliessen. Das Hauptziel dieser Vorlage war also ein Beitrag zur Sanierung der Bundesfinanzen.

Nun sind zurzeit noch rund 50 Millionen Franken aus der bisherigen, zweckgebundenen Zollrückstellung vorhanden. Was soll mit diesen 50 Millionen Franken geschehen? Dazu sagte die Vorlage vom September 1994 nichts aus. Der Bundesrat und die Kommissionsminderheit wollen die Mittel in die allgemeine Bundeskasse fliessen lassen. Aus welchen Gründen? Die 50 Millionen Franken sind vor dem Hintergrund der Haushaltsanierung zu sehen. Dem Volk war klar, dass die Subvention zur Brotgetreideverbilligung wegfällt, dass also mit einer – wenn auch vielleicht nur sehr geringen – Erhöhung des Brotpreises zu rechnen ist. Ständerat und Kommissionsmehrheit möchten diese Verbilligung des Brotgetreides mit diesen 50 Millionen Franken, die noch vorhanden sind, noch drei Jahre weiterführen. Gleichzeitig möchten sie mit diesen 50 Millionen Franken noch etwas Strukturpolitik in der Mülleirbranche betreiben. Im Ständerat wurde sogar gesagt, dass man mit diesem Geld auch noch den Anbau von Dinkel, einer alten Getreidesorte, fördern könne. So sympathisch der Dinkel ist, seine Förderung gehört mit Sicherheit nicht in diese Vorlage.

Wenn Sie bei Absatz 1 dem Bundesrat und der Kommissionsminderheit folgen, dann entsprechen Sie dem Volkswillen sicher besser, als wenn Sie der Kommissionsmehrheit und dem Ständerat folgen. Wer noch konkrete Interpretationshilfe benötigt, den oder die erinnere ich sehr an die Volksabstimmung vom vergangenen Wochenende. Das Volk hat mit überwältigender Mehrheit der Ausgabenbremse zugestimmt, was doch nur als Sanierungsauftrag verstanden werden kann. Das Volk hat aber auch dreimal nein gesagt zu einer überregulierten Politik, in welcher die der Landwirtschaft nachgelagerten Bereiche, Verbände usw. eine zentrale Rolle spielen. Dazu gehört ganz eindeutig auch die Müllerei, um die es hier geht. Wenn das Volk also heute in diesem Saal über die Verwendung der 50 Millionen Franken entscheiden könnte, würde es sowohl aus finanz- wie auch aus agrarpolitischen Gründen mit Sicherheit mit der Minderheit stimmen und das Geld der allgemeinen Bundeskasse und nicht dem Müllereigewerbe zukommen lassen und es auch nicht als Bagatellsubvention für die Verbilligung des Brotgetreides einsetzen.

Ich bitte Sie, dies auch zu tun, mit der Minderheit zu stimmen und den Entwurf des Bundesrates anzunehmen.

Baumann Ruedi (G, BE), Berichterstatter: Wir diskutieren über Artikel 67a Absatz 1. Ab Inkrafttreten der neuen Ordnung fliesst der gesamte Zoll auf importiertem Brotgetreide inklusive Hartweizen in die allgemeine Bundeskasse und ist in keiner Art und Weise mehr zweckgebunden. Zu beschliessen bleibt aber noch, was mit den rund 50 Millionen Franken geschehen soll, die in der bisherigen zweckgebundenen Zollrückstellung vorhanden sind. Die Kommissionsmehrheit macht geltend, dass diese Gelder, weil nach bisherigem Regime erhoben, weiterhin zur Herabsetzung der Verkaufspreise für das Inlandgetreide verwendet werden sollen. Die Mehrheit strebt damit für die kommenden drei Jahre stabile Mehlpreise an; im Sinne einer Richtgrösse sollen dafür jedes Jahr etwa 15 Millionen Franken ausgeschüttet werden.

Im Bundesbüchlein zur besagten Abstimmung stand, dass die Zolleinnahmen künftig – ich betone: künftig – in die allgemeine Bundeskasse fliessen würden. Die Frage stellt sich nun, was mit den vorher erhobenen Mitteln geschehen soll. Die Müllereibranche ist sich in dieser Frage zumindest einig und will, dass diese Mittel in den nächsten drei Jahren noch für die Brotgetreideverbilligung verwendet werden.

Die Kommissionsmehrheit beantragt Ihnen mit 12 zu 9 Stimmen, dem Ständerat zu folgen und die noch vorhandenen Mittel von rund 50 Millionen Franken bis Ende 1998 weiterhin zur Inlandgetreideverbilligung zu verwenden. Der Ständerat hat mit 29 zu 6 Stimmen so beschlossen.

Ich verhehle Ihnen nicht, dass ich mich persönlich dem Entwurf des Bundesrates beziehungsweise der Minderheit Hämmerle anschliesse.

Gobet Alexis (C, FR), rapporteur: Si vous vous référez au dépliant concernant cette modification de loi, vous constatez que la majorité de la commission vous engage à adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Comme vous l'a dit M. Hämmerle, le peuple a clairement manifesté à la fin septembre dernier sa volonté de supprimer l'affectation obligatoire des recettes douanières. Nous en tenons compte, c'est vrai, puisque nous considérons qu'à partir du moment où la loi est adoptée, les recettes douanières courantes ne seront plus affectées, c'est-à-dire qu'elles iront dans la caisse de la Confédération.

Par contre, la commission a estimé que le fonds de provision qui subsiste, et qui se monte à environ 50 millions de francs, a été constitué dans un but déterminé et que, pour permettre une adaptation progressive, pour donner à nos moulins un temps d'adaptation, il faut maintenir l'affectation de ce fonds; il faut donc refuser la solution du Conseil fédéral de le verser à la caisse générale de la Confédération et continuer à verser cette aide pour égaliser la marge de mouture des moulins pendant une période limitée, puisqu'il s'agit de trois ans pendant lesquels on préleverait l'équivalent d'environ 15 millions de francs par année.

Voilà pour l'alinéa 1er et la proposition de la majorité de la commission. L'alinéa 2 devrait être modifié selon la proposition qui vous a été remise dernièrement.

Je vous invite à suivre la majorité de la commission.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Comme je l'ai annoncé lors du bref débat d'entrée en matière, le Conseil fédéral avait fait au Conseil des Etats la proposition d'affecter les 50 millions de francs environ restants à la caisse générale de la Confédération.

En effet, lorsque vous avez voté cette modification constitutionnelle à soumettre au peuple, c'était sous l'empire de la campagne d'assainissement des finances fédérales. Ensuite, nous sommes allés devant le peuple, avec le petit libelle traditionnel, et nous lui avons dit que, pour accompagner la proposition d'article constitutionnel, il fallait supprimer la réduction du prix du blé provenant des droits de douane sur le blé, réduction qui ne se justifie plus guère de nos jours. Et c'est sous l'empire de cette impression que le peuple et les cantons ont pris leur décision, de manière très catégorique. Au Conseil des Etats, cette voix de la sagesse a réuni 6 suffrages, mais elle a été battue par la majorité du Conseil.

Aujourd'hui, je vous répète la position du Conseil fédéral, qui n'a pas changé, à savoir demander l'affectation du fonds de provision restant à la caisse générale de la Confédération. Elle consiste donc à vous dire que le Conseil fédéral est de l'avis de la minorité de votre commission.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit
Für den Antrag der Mehrheit

57 Stimmen
52 Stimmen

Ziff. II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. II

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Namentliche Gesamtabstimmung

Vote sur l'ensemble, par appel nominal
(Ref.: 1331)

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:

Aguet, Bär, Baumann Ruedi, Baumberger, Bezzola, Binder, Bonny, Borel François, Bortoluzzi, Bugnon, Bühlmann, Bühler

Gerold, Bundi, Carobbio, Cavadini Adriano, Chevallaz, Comby, Darbellay, de Dardel, Deiss, Dünki, Duvoisin, Eggenberger, Engler, Epiney, Fankhauser, Fasel, Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Fritschi Oscar, Gadiant, Gobet, Goll, Gonseth, Grendelmeier, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Gysin, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Hari, Heberlein, Hess Otto, Hess Peter, Hubacher, Jaeger, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Keller Anton, Kühne, Leu Josef, Leuba, Leuenberger Ernst, Loeb François, Maitre, Maurer, Meyer Theo, Misteli, Mühlmann, Narbel, Nebiker, Oehler, Ostermann, Pidoux, Pini, Raggenbass, Robert, Ruckstuhl, Ruf, Rutishauser, Sandoz, Savary, Schenk, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmidhalter, Schmied Walter, Schnider, Schweingruber, Seiler Hanspeter, Singeisen, Spielmann, Spoerry, Stalder, Stamm Luzi, Steffen, Steiger Hans, Steiner Rudolf, Strahm Rudolf, Theubet, Thür, Tschäppät Alexander, Tschopp, Tschuppert Karl, Vollmer, Wanner, Weyeneth, Wittenwiler, Zisyadis, Zwahlen, Zwygart (102)

Dagegen stimmen – Rejetent le projet:

Borer Roland, Dreher, Früh, Jenni Peter, Kern, Moser, Scherrer Jürg, Stucky (8)

Stimmen nicht – Ne votent pas:

Allenspach, Aregger, Aubry, Baumann Stephanie, Bäumlín, Béguelin, Berger, Bircher Peter, Bischof, Blatter, Blocher, Bodenmann, Borradori, Brügger Cyril, Brunner Christiane, Bürgi, Caccia, Camponovo, Caspar-Hutter, Cincera, Columberg, Cornaz, Couchepin, Danuser, David, Dettling, Diener, Dormann, Ducret, Eggly, Eymann Christoph, Fehr, von Felten, Fischer-Hägglingen, Frey Walter, Friderici Charles, Giezenanner, Giger, Graber, Gross Andreas, Hegetschweiler, Herczog, Hildbrand, Hollenstein, Iten Joseph, Jöri, Keller Rudolf, Ledergerber, Leemann, Lepori Bonetti, Leuenberger Moritz, Maeder, Mamie, Marti Werner, Maspoli, Matthey, Mauch Rolf, Mauch Ursula, Meier Hans, Meier Samuel, Miesch, Müller, Nabolz, Neuenschwander, Perey, Philipona, Poncet, Rechsteiner, Reimann Maximilian, Rohrbasser, Ruffy, Rychen, Scherrer Werner, Schmid Samuel, Segmüller, Seiler Rolf, Sieber, Stamm Judith, Steinegger, Steinemann, Suter, Vetterli, Weder Hansjürg, Wick, Wiederkehr, Wyss William, Zbinden, Ziegler Jean, Züger (89)

Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:

Frey Claude (1)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

94.073

Sanierungsmassnahmen 1994

Mesures d'assainissement 1994

Differenzen – Divergences

Siehe Seite 582 hiervoor – Voir page 582 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 15. März 1995

Décision du Conseil des Etats du 15 mars 1995

Hess Peter (C, ZG), Berichterstatter: Nach der Differenzbereinigungsdebatte im Ständerat sind noch zwei Differenzen verblieben. Die Finanzkommission Ihres Rates hat sich heute morgen mit diesen Differenzen befasst und beantragt nun folgende Lösungen:

Die eine materielle Differenz besteht beim Bundesbeschluss über die Aufhebung der kantonalen Zuständigkeit im Bereich der persönlichen Ausrüstung der Armeeangehörigen. Der Ständerat ist bis anhin auf die Entwürfe des Bundesrates zur

Getreidegesetz. Änderung

Loi sur le blé. Modification

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1995
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	10
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	95.001
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	16.03.1995 - 08:00
Date	
Data	
Seite	714-717
Page	
Pagina	
Ref. No	20 025 443

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.